

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und
land pro Vierteljahr 300 Mark. • • • Redaktion,
Redaktion und Verlag: Charlottenburg, Rosinenstraße 4.
Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • •

Jimmer strebe zum Ganzen und lauau du selber dein Ganze werden
• • • Als dienendes Glied mache zu ein Ganze Dich zu • • •

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Preisliste für Geschäftsleute
100 Mark, im Arbeitsmarkt 60 Mark. Für arbeits-
suchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

Ziger Messe und feinkeramische Industrie.

Die feinkeramische Industrie hatte in den letzten Jahren Konjunktur. Die Aufträge konnten teilweise gar nicht abgelehnt werden, ein Teil wurde in den letzten Wochen den Bestellern annulliert. Die unbeständigen Wirtschaftsverhältnisse gaben den Anlaß dazu. Dieser Umstand war kurz vor Beginn der Leipziger Messe von den Industrien ausgenutzt, um sich unangenehmer Kosten zu entgehen. Sie erreichten auf ihre Hinweise auf die ungünstige Lage der Porzellan- und Steingutindustrie die Herausgabe einer Ausfuhrabgabe von 6 auf 3 Proz., um auf Kosten der Schulden Allgemeinheit die Exportmöglichkeiten zu erweitern. Ob das für eine Industrie, die nach Herrn Generaldirektor Singer-Fraureuth mit der Landwirtschaft zusammen die einzige Säule bildet, die (mit nur 42 000 Bevölkerung) den vollständigen Zusammenbruch erlitten hat, so bringend notwendig war, will uns nicht einsehen.edenfalls haben die Führer einen günstigen Vorschlag gemacht und hatten Erfolg.

Dem Besucher der Messeausstellungsräume in Leipzig auf, daß die Waren unserer Industrie im allgemeinen sehr wenig Ausnahmen die gleichen sind wie bei der Leipziger Messe. Es war auch nicht notwendig, viel neuer zu bringen; denn Aufträge lagen ja genug vor. Die Kosten für Neuhelten aufzuwenden, war gar nicht notwendig. Besuch ist sehr rege, aber die Käufer sind mit ihren Beziehungen zaghaft. Die Gebrauchsgerichtsbranche für das und Ausland erhält die besten und zuverlässigsten Aufträge. Dass die Bestellungen so reichlich gemacht wurden wie bei der Leipziger Messe, stimmt nicht. Die dahin lautenden Anmeldungen sind zu optimistisch gehalten und entsprechen nicht der Wirklichkeit. Die Auszeichnung der Waren den Waren nach oben korrigierten Friedenspreis an, mit dem Multiplikator 250 vervielfältigt werden muß. Die hübsche moderne Figur kommt für den Einläufer auf 100 Papiermark, ein 25-Zentimeter-Teller bester Qualität mit einfachem Dekor auf 14 500 Mt. Einfache Tassen sind mit 20 bis 30 Mt. ausgezeichnet, ein 77-teiliges Service mit Buntdrucktante mit 1020 Mt. Der teuerste einer unserer ersten Fabriken hat eine seine, wie die gesamte breite Rechtecke mit Goldübermalung und kostet 1000 Dollar. Amerikanische Bestellung ist darauf erfolgt. Die klassischen Gegenstände sind natürlich noch bedeutender, aber auch sie finden Liebhaber. Die brechenden Werke brachten vorzüglich ausführte Neutypen auf den Markt, aber der Absatz darin ließ zu wünschen übrig. In der Dekoration mit auffälliger Farbe tritt vor Fraureuth mit seinem mattem Grestrot hervor. Sogar Schaukunst einer Konditorei wie auch in anderen Geschäften auffallende Fraureuther Reklamesstücke. Auf Gebiet der Keramik könnten wahrscheinlich auch andere Qualitäten etwas mehr tun.

Im allgemeinen ein Urteil über den Erfolg der Messe für die Porzellanindustrie abzugeben, ist nicht leicht, weil die Angaben für die einzelnen Betriebssorten zu unterschiedlich waren und Absatzgebiete, wie das Rheinland, Aufträge geben konnten. Auch der französische und die Markt waren aus begrenzten Gründen äußerst gut. Fabriken, die dort ihren Hauptabsatz haben, müssen schwierigkeiten rechnen. Luxusartikel wurden nur in einem Maße verkauft, aber trotzdem übertrafen die gegebenen Aufträge die Erwartungen. Sowohl sich die Lagerarten Meßtage übersehen ließ, waren die Fabrikverträge den Bestellungen zufrieden. Gut stell das Geschäft Geschäftsbildung aus. Noch besser für die Geschäftsbildung. Stapelwaren wurden vielfach gegeben, daß die noch vorhandenen Aufträge mit den neuen Sonaten hinaus bestätigung gewährleisten. Die Besitzer und Vertreter der letzten beiden Gruppen haben bei ihrer Meßgeschäfte auf Fragen zufriedenstellend, nur die für Luxuswaren und Biergegenstände waren sich sehr reserviert aus und gaben wirtschaftlichen Ausdruck. Sie gipfelten darin, daß die Kohlenstoffsoforteuerungen Schwierigkeiten bereiten werden. hohen Löhnen, wie gewöhnlich andere Industrien sich zu nehmen, wurde in keinem Falle gesprochen auch nur Andeutungen gemacht. Im großen Ganzen abgeschließend über den Ausgang der Messe für die keramische Industrie sagen, daß der größte Teil der Auszeit seinem Gesetz zufrieden sein kann.

für die Unternehmer liegt also keine Veranlassung, ihren Belegschaften schlechte Hoffnungen zu machen. Lage der feinkeramischen Industrie gestaltet — nach den Angaben des Generaldirektors Singer-Fraureuth ist möglich — daß sie ihrer Arbeiterschaft noch ein den Verhältnissen entsprechendes Entgegenkommen zeigen kann. Druckmittel mit der bevorstehenden Konjunkturveränderung anzuwenden, ist unsicherhaft und widerspricht

Eisbäringer.

Karl Marx zum 40. Todestag.

Immer erschlägt dem leidenden Volk der restende Geist, jener Geist aus des Prometheus altem Geschlecht, der dem Himmel das heilige Wissen ums Edul reißt, der mit erhobenen Händen verbündet ein neues Reich. Und den glimmenden Funken, vom Dunstel fast erschlägt, facht zum Brände er an, der auswärts gen Himmel schlägt, wenn ins Land hinaus, das von Finsternis nie umstrukt, er der Wahrheit weithin lohende Todest fräßt.

So kam dieser und schenkte die mammonistische Nacht, führte den Tag herauf, der bald zur Erkenntnis reißt, seit der scheinbar toten Dinge heimliche Macht das Gesetz ihm gezeigt, darin er die Welt begreift.

Er schuf für die Welt und hat sein Werk geweiht uns allen, auf daß wir erfüllen in seinem Geist jene heilsernehnte umstümpte, ersehnte neue Zeit, die um eine nur — um die Sonne der Arbeit — freist. Karl Bröger.

Karl Marx und der Arbeiter.

In der Jubiläumsnummer zum 40. Todestag von Karl Marx am 14. März leitet Karl Rennert seinen so benannten Aufsatz mit folgendem Abschnitt ein:

In vier Jahrzehnten ist mancher stolze Name, den rauschender Feindseligkeiten bis zum Himmel erhoben hat, verschollen. Vor vierzig Jahren nahm der Friedhof zu Hyde Park in London das Leibliche von Karl Marx auf und seitdem bemühen sich hunderte von bürgerlichen Gelehrten zu beweisen, daß Marx tot sei. Aber der Geist von Karl Marx ist heute lebendiger als zu Anfang. Der schlafende Geist unserer Forscher hat inzwischen einen großen Teil seines Lebenswerkes erst erweckt, die weltumspannende Tatkraft des Proletariats hat seine Lehre zur geschichtlichen Tat gemacht und noch ist von dem ungeahnten gelungenen Reichtum, den dieser Denker ausgeschaut hat, vieles unausgeschöpft und unverwertet.

Die Wissenschaft der Welt hat diese eineinhalb Menschenalter hindurch von Marx gezecht, indem sie seinen Namen verleugnete; Marx und die Wissenschaft ist nicht unser Thema. Die Arbeiterklasse der Welt hat sich immer entschledener und immer leidenschaftlicher zu ihm bekannt, und das ist eines der Wunder der Geschichte. Karl Marx der Tiefe, Karl Marx der Unschöne ist zuerst Gemeinbesitz derjenigen Klasse geworden, die als Erbteile zur Wissenschaft am wenigsten Zugang und zur gelehrten Arbeit am wenigsten Mühe findet. Marx ist in das Denken des Arbeiters eingegangen, Marx die Tiebfeder seines bewußten Willens geworden. Wie war dies möglich? Was erklärt diesen Erfolg, der in der Welt des Geistigen seit Martin Luther wohl der größte ist?

Entnommen der Jubiläumsnummer zum 40. Todestag von Karl Marx, erschienen im Verlag „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

den tatsächlichen Verhältnissen. Eine sachgemäße Ausklärung über den Stand der Industrie wäre vernünftiger und würde bessere Dienste leisten, als durch Androhung von Betriebs-einschränkung den ohnehin bedrückten Arbeitermassen, die durch Ihren Fleiß es ermöglichen, daß die feinkeramische Industrie mit der Landwirtschaft zusammen die einzige Säule bildet, die den vollständigen Zusammenbruch verhindert hat, die Zukunft zu verdunkeln.

Der Ausgang der Leipziger Messe hat nach unserem Dafürhalten ergeben, daß die Vertreter unserer Industrie dahin wirken können, mit eitlermaßen gutem Willen etwaige Schwierigkeiten zu beheben. Die Haltung der Arbeiterschaft bedingt das und läßt ein moralisches Recht daraus erwachsen. Wir müssen abwarten, inwieweit Erkenntnis gezeigt wird.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Zur Lage im Fahrgebiet. — Unsicherheit am Warenmarkt. — Wo bleibt die Fortsetzung der Währungspolitik? — Die Umstellung auf die Goldwährung. — Die Neorganisation des Kapitalmarktes. — Sturz der Aktienkarre. — Preise und Löhne.

Der Kampf um die Erhaltung des Ruhrgebietes dauert fort. Die Meldepflicht von französischen, englischen Kapital zur gemeinsamen Aussichtung des Ruhrgebietes zu gewinnen, zeigt, daß sich Frankreich schon jetzt der Aufgabe, die es sich im Ruhrgebiet gestellt hat, nicht mehr gewachsen ist. Die schweren Störungen, die die französische Industrie durch die

Ruhrkampagne und insbesondere durch den Ausfall von westfälischen Rohr erlebt, lassen sich nicht verheimlichen. Das Prestige der französischen Regierung, um dessen willen der Einmarsch erfolgt ist, ist bedroht. Man darf sich trocken keiner trügerischen Hoffnung hingeben, als ob wir in den zwei Monaten, die die Aktion unter den fortgesetzten Misshandlungen der französischen Besatzung andauert, schon einer wirklichen Lösung der Frage nahe gekommen wären. Der friedliche Rückzug hat Frankreich schon jetzt mehr gefordert, als er ihm je wieder einbringen kann, besonders wenn man die weitgehenden Vorschläge berücksichtigt, die Deutschland kurz vor dem Elamarsch gemacht hat, ohne damit auch nur auf den Willen zu verhandeln, zu stoßen. Genosse Seevering hatte schon recht, wenn er in Münster darauf hinwies, daß man nicht einmal den Anschein erwecken dürfe, als ob wir schon aus dem letzten Woche pfiffen. Wenn gleichwohl immer wieder auf die schweren Gefahren der wirtschaftlichen Lage aufmerksam gemacht werden muss, so geschieht es darum, weil nur eine sorgsame Wirtschaftsführung dem Volke die Erfüllung der gewaltigen Aufgaben ermöglichen kann, die ihm für die nächste Zeit gestellt sind.

Nach dem Sturz des Dollars, dem jetzt eine anhaltende Stabilität der Mark gefolgt ist, herrscht am Warenmarkt die Unsicherheit vor. Nachdem sich die Finanzwelt damit abgefunden hat, daß es der Reichsregierung diesmal mit der Stützungsaktion ernst ist und daß die Reichsbank auch über ausreichende Kräfte zur Durchführung und Erweiterung der Aktion verfügt, sind die Preise des Großhandels ins Wanzen geraten. Im Felde dieser Unsicherheit stand auch die Leipziger Messe, auf der diesmal eine verhältnismäßig große Zurückhaltung herrschte. Zu bemängeln bleibt, daß man nicht noch mehr bestrebt ist, den Boden für die Stützungsaktion zu festigen. Die Devisen-anleihe des Reiches ist nun endlich vereinbart worden; es fehlt aber an einer wertbeständigen, in Papiermark anzählbaren Anleihe für die Sparer, damit auch diese gegen etwaige neue Schwankungen der Währung geschützt werden können. Die Umstellung auf die Goldwährung setzt sich fort. Nachdem schon vor Wochen der Großhandel die Einführung von Goldkrediten und Goldschatzauflösungen gefordert hat, hat jetzt der Vorstand des Deutschen Sparfasserverbandes Richtlinien zur Einführung wertbeständiger Sparkonten herausgegeben, deren praktische Durchführung die wertbeständige Anlagemöglichkeit für Sparte bringt kann. Doch wird die Durchführung dieser Vorschläge erst dann denkbar sein, wenn auch die Sparkassen in die Lage kommen, Goldschatzauflösungen zu erwerben. Die bisher in großer Zahl herausgegebenen Naturalwertrentenpapiere stellen noch keine anstrengende Grundlage für eine allgemeine Einführung wertbeständiger Konten dar. Immerhin sind es ausgangspunkte, um die berum sich bereits die Lösung des Sparkapitals von der Papiermarktwährung vollzieht. Mit der Einführung dieser wertbeständigen Anlagemöglichkeiten findet also eine Reorganisation des vollkommen zerstörten Kapitalmarktes statt. Das ist um so notwendiger, als die Abwürfe, die sich hier gezeigt haben, schon jetzt zu schweren Schädigungen führen.

Am vorliegenden Montag nämlich hat sich die Börse am Effektenmarkt in einer Weise fortgesetzt, die selbst die Pessimisten, die den Schwund von dem Goldkapital der Aktiengesellschaften skeptisch gegenüberstanden, in Erstaunen versetzt hat. Wir verzieren jetzt etwa ein Drittel der mahllos in die Höhe getriebenen Kurze von Anfang Februar. Diejenigen, die Aktien in spekulativer Absicht gekauft haben — und ihre Zahl ist ungeheuer groß — haben damit nicht geringere Verluste erlitten, wie diejenigen, die irgendwelche Reserven oder Epargniss vor der Gelbentwertung zu schützen suchten. Für die Industrie bedeuten derartige unerhörte Rückschläge Schwierigkeiten bei der Beschaffung des notwendigen Kapitals, weil so das Vertrauen in die Rentabilität der Unternehmungen und in die Umlauf der Kurse erschüttert wird. Im ganzen ist das jedoch nur eine natürliche Reaktion auf die vorangegangene Ueberreaktion der Börsenkurse, an der in erster Linie die Banken selbst schuld sind, die die verschwenderische Ausschüttungspolitik der Gesellschaften billigten, den Speculanten große Kredite zur Verfügung stellten und so immer weitere Kreise in den Spekulationsstaubel hineinzogen, um jetzt ebenso rigoros die Kredite zu sperren und zu Verkaufen zu bringen. Nachende Erben sind diejenigen, die ihre Gewinne rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben, und deren sind nach den geringen Umsätzen der letzten Zeit nicht viele außerhalb der Börse. Die Banken selbst freilich werden sich schon rechtzeitig gesichert haben.

Wollzieht sich in dem grotesken Treuerspiel des Kapitalismus an der Börse ein Alt ausgleichender Gerechtigkeit gegenüber denen, die sich an der Not des Volkes zu bereichern suchen und die ihre Gewinne sehr sorgfältig dem Auge der Steuerbehörden zu entziehen verstehen, so verschärft sich gleichzeitig auch die Lage der arbeitenden Massen bezüglich, weil auf die Sprungbahn der Tenterung der letzten Zeit nur ein geringer, in seinen Entwicklung überhaupt nicht vorhersehbarer Preisrückgang erfolgt ist, während die Löhne sich dem Preisauftakt auch nicht entfernt angepaßt haben. Der Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamtes ist vom Januar zum Februar um 126 Prozent auf den 264fachen Wert gestiegen und herangewachsen. Geweitig sind die Einbußen an Reallohn, die dadurch entstanden, daß die Löhne hinter der Tenterung zurückblieben. Selbst hervorragend organisierte und schlagkräftige Gruppen von Facharbeitern haben im Januar und Februar ihre Löhne auch nur halb so stark erhöhen können, als die Lebenskosten seit 1913 gestiegen sind. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Schwächung der Kaufkraft, die gewaltige Einschränkung in jedem einzelnen Haushalt den Absatz der Industrie bedroht. Hier ist der verhängnisvolle Kreislauf wieder zu beobachten, über den sich die unentwegten Optimisten haben hinwegzutun lassen, wenn mit jeder neuen Preissteigerung die Flucht aus der

Mark in die Waren einziehe. Mehr und mehr wird Deutschland davon abgelenkt, sein Hauptgewicht auf die Herstellung von Qualitätsfabrikation zu legen. Der Schiedsgerichtsvorstand niedrigere Preise fällt zusammen mit dem Rückgang der Valuta, der die Inlandspreise verschafft über die Weltmarktpreise hinausgeführt hat. Wenn jetzt um die notwendigen Lohn erhöhungen erbitterte Kuseinanderseitungen geführt werden und die Gefahr von Streiks wiederkehrt, so zeigt das nicht, daß die Unternehmer die Preiswirkung von Konkurrenz der Bevölkerung und Abzug nicht begriffen haben und in der Jagd nach dem Profit die wirtschaftlichen Zusammenhänge immer wieder übersehen. Um so mehr wäre zu wünschen, daß eine aktive Wirtschaftsführung hier eingreift und die Gefahr der Arbeitslosigkeit verhindert.

Abermalige Erhöhung der Zulagen für Unfallrenten.

In unserem Artikel im Nr. 7 der „Umriss“ vom 17. 2. 1923 verlangten wir, daß infolge der immer schneller fortbreiten den Tendenz bereits für Monat Januar eine weitere Erhöhung der Zulagen für Unfallrentenempfänger eintreten müsse. Diese Notwendigkeit ist von der Regierung und dem Reichstag erkannt und ist durch Gesetz vom 12. Februar 1923 eine abermalige Erhöhung der Zulagen für Unfallrenten mit Wirkung ab 1. Jan. 1923 eingetreten. Die Voraussetzung für die Gewährung der Zulage ist, daß der Rentenempfänger mindestens 25% Prozent erwerbsfähig erachtet ist.

Die Zulagen sind ab 1. Jan. 1923 gegenüber den Sägen vom Dezember 1922 auf den sechsfachen Betrag erhöht worden, soviel ein männlicher landwirtschaftlicher Arbeiter, auf das jährliche Sägen bei einer landwirtschaftlichen Arbeiterin und auf den fünffachen Betrag, soviel es sich um einen gewerblichen Arbeiter handelt, welcher über 33½ Prozent, aber nicht 50 Prozent erwerbsfähig ist.

Nach dem neuen Gesetz soll als Jahresarbeitsverdienst für einen landwirtschaftlichen Arbeiter (§ 936 des NWG) der Betrag von 324 000 M., für eine landwirtschaftliche Arbeiterin der Betrag von 172 800 M., und für einen gewerblichen Arbeiter oder eine gewerbliche Arbeiterin (§ 563 des NWG) der Betrag von 450 000 M. angenommen werden, wenn die Rente mindestens 33½ Prozent, aber unter 50 Prozent beträgt.

Für Unfallrentenempfänger, die 50 Prozent und mehr Rente beziehen, hat sich die Zulage bei einem landwirtschaftlichen Arbeiter und bei einer landwirtschaftlichen Arbeiterin auf das siebenfache, und bei einem gewerblichen Arbeiter sowie bei einer gewerblichen Arbeiterin auf das sechsfache erhöht.

Es würde demnach als Jahresarbeitsverdienst für einen landwirtschaftlichen Arbeiter (§ 936 des NWG) der Betrag von 840 000 M., für eine landwirtschaftliche Arbeiterin der Betrag von 504 000 M., und für einen gewerblichen Arbeiter (§ 563 des NWG) der Betrag von 1 152 000 M. angenommen, wenn der Unfallrentner 50 Prozent und mehr Rente bezieht.

Die Zulagen in dieser Höhe werden aber nur gewährt, wenn der Rentenempfänger 21 Jahre alt ist. Für Rentenempfänger, die noch nicht 16 Jahre alt sind, gelten als Jahresarbeitsverdienst 60 Prozent, und für Rentenempfänger, welche 16 Jahre, aber noch nicht 21 Jahre alt sind, 80 Prozent der obigen Sägen.

für einen gewerblichen Arbeiter oder einer gewerblichen Arbeiterin, welche 40 Prozent erwerbsbeschränkt ist, würde sich die Berechnung der Rente nebst Zulage wie folgt stellen: Angenommener Jahresarbeitsverdienst nach der neuen Erhöhung 450 000 M., davon zwei Drittel die Vollrente, mithin 300 000 M. Der Rentenempfänger, welcher 40 Prozent erwerbsbeschränkt ist, würde 40 Prozent von 300 000 M. über 120 000 M. gegen Dezember 24 000 M. im Jahr oder 10 000 Mark gegen Dezember 2 000 M. im Monat an Rente und Rentenzulage erhalten. Würde dieser Rentenempfänger 16 Jahre, aber noch nicht 21 Jahre alt sein, würde er 80 Prozent der vorhin bezeichneten Sägen, also 96 000 M. gegen Dezember 19 200 M. im Jahr oder 8 000 M. gegen Dezember 1 600 M. im Monat empfangen. Würde der Rentenempfänger aber noch nicht 16 Jahre alt sein, dann beläuft er nur 60 Prozent, gleich 72 000 M. gegen Dezember 14 000 M. im Jahr oder 6 000 M. gegen Dezember 1 200 M. im Monat.

für einen mehr als 50 Prozent, etwa 80 Prozent erwerbsbeschränkten Rentenempfänger würde sich folgende Rente ergeben: Jahresarbeitsverdienst 1 152 000 M., davon zwei Drittel als Vollrente, mithin 768 000 M. Der 80 Prozent erwerbsbeschränkte erhält also 80 Prozent von 768 000 M. oder 614 400 Mark Rente im Jahr, gleich 51 116 M. im Monat. Von diesen Sägen erhält ebenfalls wie oben der 16 Jahre, aber noch nicht 21 Jahre alte Rentenempfänger 80 Prozent, der noch nicht 16 Jahre alte Rentenempfänger 60 Prozent.

Die erhöhten Zulagen gelten für die Zeit nach dem 31. Dezember 1922, für Januar 1923 muß also schon der erhöhte Sägen gezahlt werden. Über Streitigkeiten, welche sich aus diesem Gesetz ergeben, entscheidet das Rechtsgerichtsamt endgültig.

H. Feldmann, Neuhausen/Leben.

Internationale Verbündung der Kapitalisten.

Welche Verbindungen mußte die organisierte Arbeiterschaft nicht schon über sich ergehen lassen, weil sie bereits in der Verteilung und auch in der Nachkriegszeit internationale Verbindungen mit den Arbeiterschaften der Welt unterhält und die Solidarität als internationaler Grundlage anzubauen suchte. Wie wenig Grund aber gerade die deutschen Kapitalisten und ihre Hintermänner bis hinüber zu den deutsch-tschechischen Arbeiterschaften haben, auf diesem Gebiete der Arbeiterschaft Gewalt zu machen, wurde schon zum Nachdruck bewiesen. Ein neuer Beweis kapitalistischer Verbrüderung ließ die Hartkunstindustrie, die in den beiden Mainz- und Saarwerken ihre Produktionsleitung besitzt. In den französischen Compagnie nationale des Matières colorantes mit einem Kapital von 100 Millionen Franken hatte sie nach dem Kriege eine erste Kontaktaufnahme. Nun bedenkt sich förmlich — eine Tatsache, die in Deutschland verschwiegen wird — die beiden Konzernleiter an den grünen und weißen Tisch in Paris und eine deutsch-französische Interessengemeinschaft auf folgender Grundlage gebildet:

1. Die deutsche Firma Stutz, „Babische Anilin“ genannt, produziert nach feinerster chemische und pharmazeutische Präparat, sehr nach Frankreich zu exportieren;

2. die französische Firma Compagnie nationale des Matières colorantes, „Léonard, Grünbogen, Peinturetiers“, z. z. Bergmann;

3. die Compagnie nationale hingegen verzögerte ihrerseits auf französischer Export.

Ein deutsch-französisches Wirtschaftsbündnis kommt in Aussicht! Ein internationales Tausch nach allen Regeln der Kunst! Eine erneute, ja früherer Melioration, die französische Handelskunst verändert bauen, die Laboratoriums- und Fabrikgebiete der deutschen Farben- und Chemischen Industrie abgrenzen — Berufsteigerung, Qualitätsverbesserung, Qualitätsförderung steht vorne die Prädikte. Und nun treibt die Firma Stutz „Babische Anilin“ ebenso wie der französische Konkurrent alle Farbstoff- und Chemikalienprodukte, Farbe und Farbstoffe aus! So stehen die drei? Zu profitieren, zum Zwecke der Preissteigerung, der höheren Ausplauderung der Konkurrenten haben und drücken. Die ausländischen Märkte, die französische Farben, deren Preise werden ge-

rade so weit gingen wie der alter Geschäftslauf — nämlich bis zum Vorortmarkt — wollte vor einiger Zeit deutsche Farbstoffe kaufen, in der Hoffnung, daß sie — nicht nur der Valuta wegen — billiger und besser ausfallen würden als die Produkte seiner Nationalindustrie. Wie war er erstaunt, von der „Babischen Anilin“, seiner Lieferantin, folgendes Antwortschreiben an Stelle der bestellten Farben zu erhalten:

„In Beantwortung Ihres neuesten Schreibens, für das wir Ihnen danken, müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, unsere französischen Abnehmer zu beliefern. Betreffs jüngsten Deutes von Farbstoffen bitten wir Sie, sich an die „Compagnie nationale des Matières colorantes“ zu wenden.“

Der französische Geschäftsmann, der sich zum erstenmal von seinem „feindselichen“ Lieferanten abgewiesen sah, wandte sich nun — die Widerlandschaft schwieß seine Brust! — an seine französische Fabrik. Wie war er aber noch mehr überrascht, feststellte zu müssen, daß nun — seit dem deutsch-französischen „Friedensschluß“ in Harbin — die „nationalen Preise“ unverhältnismäßig in die Höhe geschossen waren! Man sieht also, der deutsch-französische, von deutsch-französischen „Patrioten“ geprägte Farbenmarkt bewährt sich famos!

Die berufliche Ausbildung Jugendlicher.

Anfang Dezember vorigen Jahres wurde durch die Presse bekanntgegeben, daß der Entwurf eines Gesetzes über die berufliche Ausbildung Jugendlicher fertiggestellt sei und nach Stellungnahme der Landesregierungen den Spartenverbänden usw. zu geben werde. Das vertragte den ADGB am 8. Januar, eine entsprechende Anfrage an den Reichsarbeitsminister zu richten, die am 19. Januar wie folgt beantwortet wurde:

„Ein vorläufiger Entwurf eines Gesetzes über die berufliche Ausbildung Jugendlicher hat zunächst als Unterlage für eine Vereinbarung mit den Vertretern der Landesregierungen gedient, die Mitte Dezember v. S. stattgefunden hat. Im Abschluß davon ist eine Beratung des Entwurfs im Arbeitsrechtssausschuß in meinem Ministerium erfolgt. Auf Grund der Ergebnisse dieser Besprechungen wird der Entwurf gegenwärtig umgearbeitet. Sobald der Entwurf fertiggestellt ist, wird er den beteiligten Verbänden zugehen.“

Zum Wohle der Lehrlinge ist zu hoffen, daß die Umarbeitung recht schnell vorstatten geht.

Das sagt man nicht!

„Ich was, mein Junge, halt einmal still: man sagt niemals, man kann was nicht! Der Mensch kann alles, wenn er will!“

Denkt mal umher, rundum umher:
was nicht in Semb und Garten gewachsen,
was nicht von Anbeginn an schon war,
und wär' es doch so unergründlich,
unerschöpflich und unerschöpflich,
es ist doch nur immer von den Menschen gekonnt . . .
und nichts ist wo vom Himmel gefallen
aber durch Wunder zu stande gebracht . . .
es ist alles immer vom Menschen erdacht
und gemacht!

Von Menschen wie ich und von Menschen wie du
und immer nur mit ganz einfachen Mitteln
ohne jegliche Hexerei . . .

und das ist das wieschliche Wunder dabei;
nur der Wille zu wollen gehörte dazu!

Also, mein Junge, was macht kein Gesicht
und sagt nie mehr, man kann was nicht!
Cäsar Fleischlen.

Lehrverträge sind Arbeitsverträge.

Die Handwerkerpresse gibt sich alle erdenkliche Mühe, um das Gegenteil zu beweisen. Die Lehrlingshalter werden von ihren Innungen und sonstigen Organisationen in dem Vorstreben unterstützt, ihnen die Lehrlinge als Freiwillige zu überlassen. Sie möchten die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Lehrlingsrecht unverändert beibehalten oder aber sie noch verschlechtern, falls sie verändert werden. Für die Handwerkslehrlinge sollen keine der bestehenden Schutzbestimmungen für Jugendliche gelten, es soll für sie der Abstandstag aufgehoben und die Entschädigung für die Lehrlinge in nicht etwa extra tariflich mit den Gewerkschaften vereinbart werden. Es genügt, diese Motive aufzuzeigen, die Absicht zu kennzeichnen, um die verzweifelten Anstrengungen des Kleinunternehmertums im Handwerk, dem Lehrverhältnis den Charakter als Arbeitsverhältnis abzutreten und zu verleugnen, von vornherein ins rechte Licht zu setzen.

Man versucht das Lehrverhältnis als ein „Erziehungsverhältnis“, die Lehrmeister als „Erzieher“ hinzustellen, selbst wenn sie mit einem Durch und noch mehr Lehrlingen ohne einen einzigen Gefallen wirtschaften. Bei diesem „Erziehungsverhältnis“ ist natürlich alles Recht auf Seiten des „Erziehers“, dessen Maßnahmen sich die Lehrlinge absolut unterworfen haben, auch wenn sie noch so übel behandelt werden. Der Lehrvertrag ist „kein Arbeitsvertrag“. Weil der Lehrling zunächst in den Handgriffen der Arbeit unterwiesen werden muß, die er zu leisten hat? Man sagt, der Lehrling sei kein Arbeiter, weil er noch nicht alle die Arbeiten leisten kann, die von einem Gelehrten verlangt werden. Falls der Lehrling nicht monatelang mit der gleichen Teilarbeit beschäftigt wird, die jeder nicht im Lehrverhältnis stehende Arbeiter ebenso bald und ebenso gut erledigt, wird er allmählich mit den einzelnen Arbeiten vertraut, an die er gestellt wird und die er zu verrichten hat. Nur die geringe Übung, die man sich im Kleinhandwerk gibt, im Gegensatz zu den Schwerarbeiten in der Großfirma, um dem Lehrling diesen oder jenen besonderen Handgriff beizubringen, wird der Arbeitgeber reichlich entschädigt. Die Arbeit, die der Lehrling schon nach kurzer Zeit zu leisten beginnt, entweder ein Ausgelehrter mitverrichtet oder ein ungelehrter Auszubildender. Nur jedem Fall müßte anstatt der lächerlichen Entschädigung „Lohn“ gezahlt werden. In der zweiten Periode der Lehrtätigkeit erfüllt der Lehrling nicht nur die Arbeitskraft eines ungelehrten Arbeiters, sondern die eines jungen Gelehrten, wenn der Lehrmeister nicht nur Arbeitsleistungen von ihm fordert, sondern ihn auch in qualifizierten Arbeiten gefürtzt unterrichtet hat. Wollte man die Erzieherrolle am Hand praktische Beispiele unterrichten, würden noch wenige unglückliche Lehrlinge sicher bloßgestellt werden.

Der Lehrvertrag ist herzlich freilich noch kein Arbeitsvertrag schlechthin, vielmehr die persönliche, tausendfache Art eines Arbeitsvertrages zwischen dem auf mehrere Jahre hinweg gesuchten ungelehrten Arbeiters im Handwerk. Das eine Unterschiede zwischen dem Lehrvertrag und beider Arbeitsverträge besteht darin, daß der Lehrvertrag zur arbeitsmäßigen Fortbildung aller Industrie- und Gewerbeberufe dient, während die Arbeitsverträge zu arbeitsmäßigen Fortbildungen der Schulentlassenen dienen. Heute ist es zu verhüten, um auf Jahre hinweg dem Kleinhändler zur Leistung eines jungen Gelehrten und anderer Auszubildender zu verhelfen.

Der Lehrvertrag ist herzlich freilich noch kein Arbeitsvertrag schlechthin, vielmehr die persönliche, tausendfache Art eines Arbeitsvertrages zwischen dem auf mehrere Jahre hinweg gesuchten ungelehrten Arbeiters im Handwerk. Das eine Unterschiede zwischen dem Lehrvertrag und beider Arbeitsverträge besteht darin, daß der Lehrvertrag zur arbeitsmäßigen Fortbildung aller Industrie- und Gewerbeberufe dient, während die Arbeitsverträge zu arbeitsmäßigen Fortbildungen der Schulentlassenen dienen. Heute ist es zu verhüten, um auf Jahre hinweg dem Kleinhändler zur Leistung eines jungen Gelehrten und anderer Auszubildender zu verhelfen.

Abban bemühtungen.

In der Reichskanzlei fanden in den letzten Tagen, Woche vom 4. bis 10. März Besprechungen des Reichstags mit Vertretern sowohl der Industrie als auch der Gewerkschaften über die gegenwärtige Preis- und Lohnsituation unter dem Gesichtspunkte der wünschenswerten Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse statt. In diesen Besprechungen betonte der Reichskanzler mit Nachdruck die einmütige Auffassung der Reichsregierung, alles zu tun, was zur Vermeidung neuer Preissteigerungen und zur Verhinderung der wirtschaftlich möglichen Preissteigerungen geschehen könnte.

Die Gewerkschaften wiesen bei dieser Gelegenheit auf erneute Verhandlungen hin, die in den Kreisen der gesamten Wirtschaftsmehrheit durch die Annahme entstanden, als ob Reichsregierung jeglicher weiteren Lohnerschöpfung entgegenwolle. Demgegenüber stellte der Reichskanzler fest, daß es noch Aufgabe der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Niveau und den Preisstand erforderlich ist, während eine einmütige Auffassung der Gewerkschaften eine durchgängige Erhöhung der gesamten Löhne unmöglich machen und damit, ohne die Wirtschaft auf die Dauer zu nützen, das von allen erzielte Ziel der Marktstabilisierung gefährdet würde. Die Arbeitsteilung bewegt sich in den Bahnen dieser von allen teiligen Mitgliedern der Reichsregierung geteilten Auffassung.

Daher nur immer den Arbeitern, Angestellten und Beamten gezeigt wird, die durchgängige Erhöhung der gesamten Löhne möglich ist, für die wäre sie angebracht; denn nicht die umrührenden Arbeitslöhne verteuern die Waren, sondern die mehr als ihren reichhaltigen Lebensunterhalt an den Waren verdienten.

Das Abkommen vom Februar

allgemein verbindlich erklärt.

Die nachstehenden tariflichen Vereinbarungen werden den angegebenen Geltungsbereich auf Grund des § 6 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 („Reichsgesetz“) S. 67 für allgemein verbindlich erklärt.

1. Beratungsvereine; a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der deutschen Feinsteineramischen Industrie; b) auf Arbeitnehmerseite: I. Verband der Porzellank- und Keramikarbeiter und Arbeitnehmer Deutschlands, Verband der deutschen Gewerbevereine h.d. Deutschen Metallarbeiterverband, Kärtnerverband der Malchinsten und Heizer, Verband der Lithographen, Steinbrüder und verwandte Berufe Deutschlands, Deutscher Verkehrsverband deutscher Schaffner.

2. Abgeschlossen am 14. Februar 1923; Nachtrag zur allgemeinen verbindlichen Reichstariverträge vom 8. Oktober 1922.

3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Porzellank- und Steingut- und Steinkrüppelwarenindustrie, mit Ausnahme der Betriebe der dem Verband Berliner Metallinhaber ausgeschlossenen Firmen.

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches, mit Ausnahme der Stahlfabrik Wittelsburg, A.-G. in Karge. Die Ausdehnung auf diese bleibt vorbehalten.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 12. Februar 1923.

Ein anderer Vorschlag.

Gest allwöchentlich erscheint in unserem Verbandsblatt eine mehr oder minder größere Anzahl Anfragen invalider, kranker und somit in allen Fällen ausgestoßener Mitglieder. Welche Fülle von Jammer und Elend in jedem einzelnen Fall dieser vom Schicksal so hart Bedrangten verbirgt, bleibt meistens in graues Dunkel gehüllt. Die Anstrengung, die nun diesen Armen bisher durch Aufruf in ihren Willigen Leistungen der Bahlstellen geleistet ist, gewiß des älteren die größte Not der Betroffenen etwas abgedämpft; doch nicht selten ist wohl auch der Fall zu verzeichnen, die dahinterstehende Kollegin oder der austämpfende Kollege Opferfreudigkeit der Bahlstellen, bezw. deren Mitglieder, die mehr in Anspruch genommen hat. Diese bisherige Ausführungsform bedarf der Reform, und in der Nr. 6 und 8 „Umriss“ haben bereits die Kollegen Heinrich, Triptis, Stangle, Schorndorf, einige Änderungsvorschläge gemacht, gewiß gut gemeint sind; doch weiß ich es für ratsamer, wenn dieser Angelegenheit eine Veranerkennung im Statut verschafft und es ähnlich dem Buchdrucker verband durchzuführen, daß die starken anscheinerten Mitgliedern ein tägliches Unterstützungsgebot zuteilt wird und somit auch unseren Invaliden ein vernünftig garantiert ist. Die Frage nun, wie diese Mittel aufzugebracht werden können, braucht ich mit einer Befragung bezw. Umstellung unserer Krankenunterstützungsfasse, könnten Mittel aus den Bahlstellenfonds usw. abgesetzt werden. Ich betone, daß, wenn ein ernster Wille in dieser Legitimität in den Reihen der Mitglieder vorherrscht, sich Mittel und Wege finden lassen. Deshalb sollen auch in Ausführungen ein Aufruf an alle Kolleginnen und Kollegen im Reich sein, dieser Sache etwas Interesse schenken zu wollen, denn auch als freie Gewerkschaftler wollen wir doch überall es nur möglich ist, Gutes schaffen, indem wir Alles, Leid unerträgliches beseitigen und dafür Neues, Kräftiges an der Stelle rüsten. Chr. Trüb, Schwarza-Rudolfia.

Wirtschaftliches.

Gute Gewinne. Die Rheinische Spiegelglasfabrik in Köln bei Ratingen hat ihren Bruttogewinn gegenüber dem Vorjahr mehr als das 50fache erhöht, nämlich von 7,98 auf 11 Millionen Mark. Zugleich der Erhöhung der Abschreibung von 0,45 auf 21,42 Millionen Mark ergibt sich ein Steigerungsgewinn um etwa das 70fache, nämlich von 5,78 auf 148,28 Millionen Mark. Daran ist — den 100 Proz. Dividende und 300 Proz. Bonus ausgeschüttet und außerdem noch 1 Millionen Mark der Steuerrücklage zugeführt und 41,2 neue Rechnung vorgetragen. Aehnlich ist das Ergebnis der Papierfabrik Schnitz in Sa. Das Unternehmen hatte bis vergangenen Jahre ganz normale Ergebnisse ausgewiesen und verteilte in den vorangegangenen sechs Jahren zwischen 12-25 Proz. Dividende. Jetzt erhöht das Unternehmen seine Dividende auf nicht weniger als 375 Proz. Es schüttet also als das 3/4fache des ganzen Aktienkapitals in einem einzigen Jahr als Dividende an die Aktionäre aus. Dabei hat es aber seine ganzen Immobilien und Mobil

Aus unserem Beruf.

Berlin-Charlottenburg. Schilbermaler. Die nach Ablehnung eines Schießspruches durch den HVB erfolgte vorläufige Lohnverhandlung zeitigte folgendes Resultat: Sparsame für die letzte Februarwoche 1000 M., für die erste Hälfte März 1275 M. pro Stunde.

Bromölla (Schweden). Die schwedische Arbeiterschaft hat gegenwärtig einen schweren Abwehrkampf zu führen. Die Unternehmer haben dort es für nötig gehalten, die Arbeiterschaft der Fabrik- und Ziegellindustrie ab 1. März auszusperren. Den wackeren Arbeitern nicht gewillt waren, ihre Arbeitskraft für 54 Vereine Stunde zu verkaufen. Bisher hatten sie 60 Vereine Stundenlohn, der der Steuerung entsprechend, auf 70 Vereine erhöht werden sollte. Die Unternehmungorganisation lehnte das Verlangen der Arbeiterschaft ab und zwang die Arbeiter ab 1. März einfach aus dem Betrieb heraus zu tun, wie die dann folgenden Drangsalen, Versorgungen und jetzt sogar Lebensbedrohungen. Den wackeren Gewerkschaftskämpfern an der Ruhr und am Rhein gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Aber mit Worten allein ist ihnen nicht genug. Sie bedürfen auch der materiellen Unterstützung. Es ist daher heilige Pflicht der deutschen Arbeiter und Angestellten, ihre Brüder in diesen besetzten Gebieten nicht im Stich zu lassen. Es wäre das seltsamste Schauspiel, das der Welt geboten werden könnte, wenn die deutschen Kämpfer sich dem Tod der französischen Unterdrücker bengeln mühten, weil sie von den deutschen Arbeitern und Angestellten, für die sie doch mitkämpfen, im Stich gelassen würden. So darf es nicht kommen!

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes wenden sich deshalb hiermit ernst an die Arbeiter und Angestellten Deutschlands mit dem dringenden Erischen, in ihrem Sammelbrief nicht zu erschlagen.

Bedauerlicherweise muss festgestellt werden, dass der vom Ausschuss des ADGB fast einstimmig gefasste Beschluss, einen Stundenverdienst für die Ruhrhilfe zu erneut, nicht gleichmäßig durchgeführt wird. Von verschiedenen Seiten ist Verwirrung in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder hineingetragen worden.

Vorstand und Ausschuss des ADGB und der Vorstand des AGA-Bundes halten aber an diesem Beschluss fest und bringen ihn ernst in Erinnerung mit dem Hinweis, dass alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten sich verpflichtet fühlen müssen, ihn in brüderlicher Freude durchzuführen.

Gegen ihn wird ins Feld geführt, dass die Gelder in eine Kasse fließen, in die auch die Unternehmer zahlen — obwohl sie partizipativ von den Unternehmern und den Gewerkschaften verwaltet wird.

Diese Gleichberechtigung bei allen Entscheidungen über die Verwendung der "Ruhrhilfe" haben wir durchgesetzt, obwohl die Arbeitgeber vier Fünftel der Mittel aufbringen müssen, während auf die Arbeiter und Angestellten nur ein Fünftel entfällt. Warum sollen die Gewerkschaften es ablehnen, über die Verwendung der Unternehmer-Beiträge mitzureden und mitzubestimmen?

Es war die selbstverständliche Pflicht der Besitzenden, den Löwenanteil der erforderlichen Kampfmittel aufzubringen. Sollten wir etwa die Arbeitgeber von dieser Pflicht entbinden? Oder sollen vielleicht die notleidenden Kämpfer die Annahme der Unterstützung, die aus den Taschen der Arbeitgeber fließen, verweigern? Waren die Arbeiter und Angestellten bereit und in ihrer Lage gewesen, die Menschenmassen, die erforderlich sind, allein aufzubringen? Und bringt es nicht große Vorteile, dass die gesamten Mittel für die Unterstützung des Kämpfers an einer Stelle zusammenfließen, statt in vielen getrennten Taschen auseinander zu laufen? Lieben nicht gerade die deutschen Arbeitnehmer auf allen Gebieten die planvolle Organisation? Und ist nicht ganz besonders in diesem schweren Abwehrkampfe die Zusammenfassung der Abwehrmittel zwingendes Gebot überlegter Kampfaktik?

An die deutschen Arbeiter und Angestellten!

Zum Rückgebiet häufen sich die Greuel. Gewalttot gegen die schachlose Bevölkerung folgt auf Gewalttat.

So verwerflich das Vorgehen der Franzosen und Belgier ist, so musterhaft ist das Verhalten der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets. Versprechungen und Schmeicheleien haben sie ebenso wenig davon abbringen können, ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke zu tun, wie die dann folgenden Drangale, Versorgungen und jetzt sogar Lebensbedrohungen. Den wackeren Gewerkschaftskämpfern an der Ruhr und am Rhein gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Aber mit Worten allein ist ihnen nicht genug. Sie bedürfen auch der materiellen Unterstützung. Es ist daher heilige Pflicht der deutschen Arbeiter und Angestellten, ihre Brüder in diesen besetzten Gebieten nicht im Stich zu lassen. Es wäre das seltsamste Schauspiel, das der Welt geboten werden könnte, wenn die deutschen Kämpfer sich dem Tod der französischen Unterdrücker bengeln mühten, weil sie von den deutschen Arbeitern und Angestellten, für die sie doch mitkämpfen, im Stich gelassen würden. So darf es nicht kommen!

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes wenden sich deshalb hiermit ernst an die Arbeiter und Angestellten Deutschlands mit dem dringenden Erischen, in ihrem Sammelbrief nicht zu erschlagen.

Bedauerlicherweise muss festgestellt werden, dass der vom Ausschuss des ADGB fast einstimmig gefasste Beschluss, einen Stundenverdienst für die Ruhrhilfe zu erneut, nicht gleichmäßig durchgeführt wird. Von verschiedenen Seiten ist Verwirrung in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder hineingetragen worden.

Vorstand und Ausschuss des ADGB und der Vorstand des AGA-Bundes halten aber an diesem Beschluss fest und bringen ihn ernst in Erinnerung mit dem Hinweis, dass alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten sich verpflichtet fühlen müssen, ihn in brüderlicher Freude durchzuführen.

Gegen ihn wird ins Feld geführt, dass die Gelder in eine Kasse fließen, in die auch die Unternehmer zahlen — obwohl sie partizipativ von den Unternehmern und den Gewerkschaften verwaltet wird.

Diese Gleichberechtigung bei allen Entscheidungen über die Verwendung der "Ruhrhilfe" haben wir durchgesetzt, obwohl die Arbeitgeber vier Fünftel der Mittel aufbringen müssen, während auf die Arbeiter und Angestellten nur ein Fünftel entfällt. Warum sollen die Gewerkschaften es ablehnen, über die Verwendung der Unternehmer-Beiträge mitzureden und mitzubestimmen?

Es war die selbstverständliche Pflicht der Besitzenden, den Löwenanteil der erforderlichen Kampfmittel aufzubringen. Sollten wir etwa die Arbeitgeber von dieser Pflicht entbinden? Oder sollen vielleicht die notleidenden Kämpfer die Annahme der Unterstützung, die aus den Taschen der Arbeitgeber fließen, verweigern? Waren die Arbeiter und Angestellten bereit und in ihrer Lage gewesen, die Menschenmassen, die erforderlich sind, allein aufzubringen? Und bringt es nicht große Vorteile, dass die gesamten Mittel für die Unterstützung des Kämpfers an einer Stelle zusammenfließen, statt in vielen getrennten Taschen auseinander zu laufen? Lieben nicht gerade die deutschen Arbeitnehmer auf allen Gebieten die planvolle Organisation? Und ist nicht ganz besonders in diesem schweren Abwehrkampfe die Zusammenfassung der Abwehrmittel zwingendes Gebot überlegter Kampfaktik?

Erfreut lädt sich gegen diese Sammlung und gegen die Art der Verwaltung überhaupt nichts ausführen. Alles das, was behauptet wird über Verstöße gegen die Richtlinien und Grundsätze der Arbeiterbewegung, ist nur leeres Gerede. Der Kampf der Kämpfer steht bispielsweise in der Geschichte der Arbeiterbewegung da. Keineswegs hat sich nirgends abgespielt. Deshalb sind Vergleiche mit der bisherigen Praxis bei Sammlungen für Stärke überhaupt nicht möglich.

Es handelt sich nicht um einen der Klassenkämpfe, wie sie sich aus dem Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ganz von selbst ergeben, sondern um einen Kampf vergleichbarer Deutscher gegen einen ausländischen Unterdrücker. Und so selbstverständlich es ist, dass die der Unterstützung bedürftigen Ruhrarbeiter und Angestellten die Unterstützung annehmen, auch wenn sie in der Hauptstädte aus den Mitteln der Unternehmer stammen, so selbstverständlich ist, dass die übrigen Arbeiter ihre Brüder in die gemeinsame Kasse fließen lassen, sofern Gewähr gegeben ist, dass sie ihrem Willen entsprechend verwendet werden. Diese Gewähr ist gegeben durch die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in der Verwaltung.

Gewerkschaftsmitglieder! Eure Stärke beruhte bisher im wesentlichen auf der Disziplin, die Ihr habt in den schwierigsten Lagen zu halten Euch für verpflichtet hielt. Wer daran geht, an dieser Disziplin zu rütteln, untergräbt die Grundlagen Eurer Macht. In allem, was die Arbeiter und Angestellten unternehmen, müssen Sie einig sein. Hüten Euch vor den Anfängen des Disziplinabsturzes! Die Folgen könnten schlimm und unheilvoll sein.

Auch wer bei der Meinung verharren will, dass die Bundesbeschlüsse in diesem Fall falsch waren, muss sehr seine Gedanken zurückstellen. Er muss es aus Liebe zu den notleidenden Arbeitern an der Ruhr, am Rhein und in allen anderen besetzten Gebieten. Er muss es aus Achtung vor der stets hochgehaltenen Arbeiterschaft, aus Achtung vor der heute mehr als je notwendigen Einigkeit und Disziplin in unseren Gewerkschaften.

Viele Arbeitgeber versuchen, unter Hinweis auf die unserer Aufforderung zuwiderrückenden Sonderversammlungen von Arbeitnehmern, den auf sie entfallenden vierteljährlichen Beitrag an die "Ruhrhilfe" zurückzuholen. Die Richterrolung unserer Bundesbeschlüsse hebdet also präzise, dass den kämpfenden Kämpfern an der Ruhr enorme Summen aus Arbeitgeberkreisen vorüber gehen würden. Das darf nicht sein! Wir erinnern daher die Vertrauensleute der Gewerkschaften in allen Betrieben, insbesondere die Betriebsräte, darauf zu sehen, dass neben dem Konto der Angestellten und Arbeiter auch der vom Arbeitgeber zu leistende Beitrag ungezähmt an die "Ruhrhilfe" (Konto-Konto der Reichsbank in Berlin, Niederkalstrasse, oder Konto-Nr. 57200 beim Postscheckamt Berlin) überwiesen wird.

Kein Arbeiter, kein Angestellter, aber auch kein Arbeitgeber darf sich die von Ihren Verbänden beschlossenen Vertragsleistung entziehen.

Berlin, den 2. März 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund:

Th. Leipart.

Allgemeiner freier Angestellten-Bund:

Stährl. Süß.

Ihrem Klassenkampf zu unterstützen und ersucht die Kollegen, auf den zu diesem Zweck herausgegebenen Sammellisten des Reichsausschusses der Betriebsräte reichlich zu zeichnen. Die Sammellisten der Gewerkschaftskommission sind sofort einzulegen und zurückzugeben. Es tut man n. Schalter.

Vollstedt. Die am 2. März stattgefundenen Porzellanarbeiterversammlung von Rudolstadt und Umgebung nahm Stellung zum Lohnabkommen. Die Dollarkursenkung brachte nicht eine Minderung der Lebensmittel- und Bedarfssortimentspreise, vielmehr stiegen laut Liste des "Genossenschaftslohnhalters" die wichtigsten Lebensmittelpreise um 80 bis 100 Prozent. Ab 1. März tritt ein neuer Posttarif in Kraft, Wohnungszeitzettel, Licht, Heizung, Wäsche, Kleidung und anderes mehr steigt an, dauernd im Preis. Nach Kenntnisnahme dieser Umstände forderten die Zeitlohnarbeiter Kopftulagen und lehnten somit prozentuale Förderungen ab. Die Höhe der neuen Zulagen soll die Verhandlungskommission auf Grund vorliegender Unterlagen bestimmen. Die Versammlung nahm Stellung zu den sozialen Zulagen, welche als gänzlich unzureichend erklärt wurden. In einer Reihe führender Gewerkschaften werden soziale Zulagen für Frauen 30 M., für jedes Schuljahr 15 M. pro Stunde gezahlt. Die Versammlung fordert, die sozialen Zulagen für Frauen auf 40 M. und für jedes Kind auf 30 M. pro Stunde auszuhöben. Die sonstigen Arbeiter verlangten entschieden eine Verbesserung ihrer Entlohnung im Verhältnis zu den Facharbeitern, da sie bei allen prozentualen Aufbesserungen stets im Rückstand geblieben sind. Es wurde aufmerksam gemacht auf das Mundschreiben des Unternehmensverbundes, worin die Arbeiterschaft in bezug auf geringere Entlohnung der Ungelehrten gegen Gelehrte ausgespielt wird, und so die Spaltung der Arbeiterschaft zum Schaden der Organisation betrieben wird. Die Versammlung nahm hierauf Stellung zum Betriebsausbau. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben des Kollegen Herden, Betriebsklassierer, der die Verhältnisse, die zum Bau führten, rechtsrichtig. An dem Schreiben wurde bemängelt, dass es wohl recht in die Breite gehe, dagegen nicht den Kern der Sache treffen; denn es enthielt keine Angaben, wie teuer der Bau zu stehen kommen wird, und wie er sich verzinsen soll; deshalb wurde dieser Punkt zur endgültigen Regelung auf die nächste Tagessitzung zurückgestellt. Der vom Redakteur zurückgedachte leichte Versammlungsbericht führte wieder zu Angriffen auf die Randbemerkungen des Redakteurs, die nicht genehmigt werden. Zur Ruhrhilfe wurde abgelehnt, mit den Unternehmern zusammen zu gehen; es wurde aber beschlossen, von den Vollbeschäftigten einen Stundenlohn, von Kurzarbeitern, je nach Verhältnissen, die Rechnung vorzunehmen. Das Geld wird dem Kartell überwiesen werden, welches dasselbe den Arbeitern des Ruhrgebiets überweisen soll. Das Zusammensetzen des ADGB mit den Kapitalisten betreffs der Ruhrhilfe wurde stark kritisiert und abgelehnt. Zur Preisschaffung wurde beschlossen, von männlichen Arbeitern 500 M., von Frauen 200 M. durch Sammlungen aufzubringen und den beiden Arbeitersitzungen zu überweisen. Die Diskussion in dieser Versammlung war ausnahmsweise recht rege. Für die Zukunft wird genutzt, das Persönliche zu unterscheiden und immer sachlich zu bleiben.

100 Millionen Mark zur Förderung der baugewerblichen Sozialisierung bereitstellen werde. Jedoch wollte er davon zunächst nur den kleineren Teil als Stammkapital in den Verband Sozialer Betriebe einbringen, um den anderen Gewerkschaften Gelegenheit zu geben, dem Baugewerksbund mit der Bezeichnung von Stamkkapital nachzusommen. Den größeren Teil gedenkt der Baugewerksbund anderweitig zur Förderung der Sozialisierung zu verwenden. Die Erhöhung des Kapitals ist im besonderen nötig zur Ausdehnung der privaten Tätigkeit des Verbandes, der heute bereits mehrere Schalensteinwerke, eine Siegelse, ein Sägewerk und ein Schieferbergwerk betreibt.

Leipziger Volkshaus. Im wiedererbauten Leipziger Volkshaus (das während der Fliegerangriffe von der Reaktion niedergebrannt wurde) befindet sich auch ein neuzeitlich eingerichtetes Hotel mit 35 Betten. Die Preise sind mäßig und die Verpflegung rechtfertigt ihren guten Ruf. Das Volkshaus ist vom Hauptbahnhof mit der Straßenbahn (Linie 10, Richtung Connewitz) in wenigen Minuten zu erreichen. Wir bitten alle Gewerkschaften und Freunde der Arbeiterschaft um freundliche Bemerkung unserer Einrichtungen. Zimmerbestellungen und Anfragen sind zu richten an das Volkshaus, Leipzig, Seitzer Str. 32, Telefon Straße für Bucherer. In Prag, der Hauptstadt der Tschechoslowakei, hat man ein radikales Mittel gegen die Lebensmittelwucher eingesetzt. Die Geld- und Arreststrafen verschrecken den Wucher und bringen die Bucherer von dem Wege des Preiswuchers nicht ab. Es wurden also Strafzahlungen gebildet, denen die Bucherer einverlebt und dem Magistrat zugesetzt wurden. Der Magistrat verweigerte diese Strafzahlungen zum Strafentbehren. Dafür Bucherer erhält die Strafe und das Recht zum kündlichen Scheitern, in dem sich sein Geschäft befindet. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzu fern, dass auch in Deutschland die Schieber und Tünderer mit der gleichen drakonischen Strafe belegt werden. Anders wird dem Gesindel nicht beizukommen sein.

Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die Förderung des Schutzes der Arbeiter vor schädlichen Arbeitskrankheiten ist heute notwendiger als je zuvor, denn dieses wichtige Gebiet der Sozialpolitik ist seit Ausbruch des Krieges ganz außerordentlich vernachlässigt worden und seiner bietet der an sich schon durch die ungünstigen Ernährungsverhältnisse und schwachen Wohnungszustände stark beeinträchtigte Gesundheitszustand der Arbeiterschaft für zahlreiche Gewerbetreibende einen nur zu günstigen Boden.

Die fürzlich gegründete Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, an der anher Reichs- und Staatsbehörden, Vereinigungen von Gewerbeärzten, Gewerbetechnikern, Vertretern wissenschaftlicher Institute, u. a. auch Vertreter der Gewerkschaften teilgenommen haben, will allen Vereinigungen und Personen, die wissenschaftlich und praktisch an den Aufgaben der Gewerbehygiene interessiert sind und bisher aus diesem Gebiete getrennt arbeiteten, die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Vorgehen geben. Sie will nach ihren in diesen Tagen veränderten Sitzungen besonders durch die Förderung wissenschaftlicher Arbeiten, durch Unterstützung der Fachpreise, Beklebung in Ausbildungskursen und Vorlesungen, durch die Abhaltung einer jährlichen allgemeinen Hauptversammlung tätig sein. Ferner strebt sie an, wissenschaftliche Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene in einer eigenen von ihr herauszugebenden Zeitschrift zu verbreiten und die engste Zusammenarbeit mit dem Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M., wodurch derzeit noch Verhandlungen stattfinden.

Aufer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund haben sich von vornherein die Verbände der Fabrikarbeiter und der Männer zur Mitarbeit in der Gesellschaft bereit erklärt. Die beteiligten interessierten Gewerkschaften werden in Kürze über ihre Beteiligung und die dann in Angriff zu nehmende praktische Arbeit beraten. Es ist zu hoffen, dass dadurch die Arbeit der neu gegründeten Gesellschaft und damit der Schutz der durch Berufsrankheiten bedrohten Arbeiterschaft wesentlich gefördert wird.

Bermischtes.

Internationales Jugendkongress. Die wiedererstandene sozialistische Jugendinternationale hält ab 23. Mai 1923 in Hamburg einen internationalen Jugendkongress ab. Das Programm ist reichhaltig und löst auf eine sehr eindrucksvolle Eröffnung schließen.

Der Verband Sozialer Betriebe erhöht sein Stamkkapital auf 100 Millionen Mark. — Der Aufsichtsrat des Verbandes Sozialer Betriebe hat beschlossen, das Stamkkapital des Verbandes von 25 auf 100 Millionen Mark zu erhöhen. Die Geschäftsführung wurde beauftragt, die Erhöhung so rasch wie möglich in die Wege zu leiten. In der Aufsichtsratsitzung gab der Genosse Paepcke die Erklärung ab, dass der Deutsche Baugewerksbund im Laufe dieses Jahres voransichtlich allein

Versammlungsberichte.

Berlin-Charlottenburg. Folgende Resolution ist von der Stelle Berlin auf der Versammlung vom 21. Februar mit 42 Stimmen angenommen worden: Die Versammlung stimmt auf das Schäffere die bürgerliche Einigung aus. Besonders seines Vorsitzenden Leiters zur Ruhrhilfe. Die Bildung einer gemeinsamen Kampfgruppe mit dem deutschen Unternehmertum gegen die Ruhrbelegschaft ist eine unerhörte Verhöhnung des Klassenkampfes der freien Gewerkschaften. Kein Kollege darf auf Sammelliste von dieser Seite zeichnen; gegen Lohnabzüge zu diesem Zweck ist schärfste die Sicherheit zu nehmen. Ebenso sieht die Versammlung keine Sicherheit in der gesondert von der Berliner Gewerkschaftskommission herausgegebenen Sammellisten für die Ruhrhilfe, da der Ertrag derselben ebenfalls, wenn auch auf Sammlung (47 gegen 42) ist gewillt, die Ruhrarbeiter in

Literarisches.

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923. Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Völker-Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfäffingerstr. 6, 288 Seiten. Tauchensformat. Gebunden. Januarpreis etwa 1600 Pf. Tenerungsbeschläge für später vorbehalten. — Dieses handliche inhaltreiche Taschenbuch erfreut fast eine ganze Bibliothek. Es ist ein vielseitiger Führer durch die Masse der wirtschaftlichen und rechtlichen Einzelfragen, die sich dem Arbeitnehmer im Tagesumlauf, beim Zeitunglesen, in Versammlungen, bei Beratung von Kollegen entgegenstürzen. Dank seines handlichen Formats kann man es immer in der Tasche bei sich tragen und hat so einen immer gegenwärtigen Berater. Aus dem reichhaltigen Inhalt des Buches nennen wir folgende Fragen: Oberschlesien Verlust. Das neue Rußland. Was erheitet bisher die Entente? Wichtige Reichsgesetze. Die Kommunalverwaltung. Unternehmungsrechtssysteme. Unternehmerkommunismus, Kartelle und Trusts. Wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper. Angestelltenversicherung. Krankenversicherung. Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Unfallversicherung. Wochenhilfe. Wochenfürsorge. Arbeitnehmerkassen. Stellen- und Arbeitsvermittlung. Reichsmietengesetz. Lohnsteuer. Einkommensteuerabelle. Volksbildungsschule. Freie Volksbildung. Valutafragen. Staatsbankrott. Devaluation. Inbezifferbare. Kommunistische Praxis. Recht auf Arbeit. Entwicklung des Geldwertes und der Großhandelspreise. Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel. Tenerungsbinder. Anpassung der Löhne und Gehälter an die Tenerung. Deutschlands industrielle und landwirtschaftliche Produktion. Die deutsche Kohlenwirtschaft. Deutschlands Außenhandel. Nahrungsökonomie. Viehhaltung und Fleischverbrauch. Arbeitslosigkeit. Auswanderung. Eltern. Elternhaftnis. Reichseinnahmen und -ausgaben. Sozialität in den Großstädten.

Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus. Von Jul. Vorhauer d. 2. Auflage. 114 Seiten. C. Laubsche Verlagsbuchhandlung, C. m. b. H., Berlin C. 54. Preis 2,- M. (zu multiplizieren mit der Schlüsselzahl des Vorsendungsvereins). Diese Schrift von Julian Vorhauer, die jetzt in zweiter Auflage erscheint, behandelt in erhabender Darstellung alle wesentlichen Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Unterschiede zwischen der marxistischen, auf historischer Analyse aller sozialen und wirtschaftlichen Faktoren basierenden sozialistischen Gedankenwelt und den verschiedenen Formen des utopistischen Sozialismus, die Probleme, die mit der Wirkung von Persönlichkeit, Willen und Geist in der Geschichte zusammenhängen, die Bedeutung der verschiedenen Stufen der Arbeitsorganisation werden mit streng wissenschaftlicher Konsequenz und doch mit jener Einfachheit und Klarheit entwickelt, welche diesen sozialistischen Pädagogen auszeichnet. Überflüssige theoretische Spitzfindigkeiten werden vermieden, die wichtigsten Einwände der Gegner des wissenschaftlichen Sozialismus einleuchtend widerlegt. Die Schrift schließt mit einer Auseinandersetzung über den viel umstrittenen Begriff des „Zukunftsstaates“, dessen Bedeutung im Rahmen der marxistischen Anschaunungen scharf formuliert und aus den Zusammenhängen der europäischen Wirtschaftsgeschichte und der Massenkämpfe der modernen Gesellschaft heraus entwickelt wird. Diese Schrift von Vorhauer gehört zu den besten Werken des bekannten Autors. Sie eignet sich besonders zur Einführung in die Welt des Marxismus und stellt darüber hinaus eine klare Bilanz über den gegenwärtigen Stand der sozialistischen Theorie dar.

Erlösung von der Schwangerschaft. Von Luise Otto. Ein Ratgeber für Eltern. 32 Seiten. Grundpreis 25 Pf. (x 700). Verlag: Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg. Erlösung von der Schwangerschaft nennt sich eine Schrift, die ein auch in gewöhnlichen Zeiten für Eltern immer interessantes Thema behandelt, jetzt aber noch mehr Leser finden dürfte. An Schriften dieser Art ist ja kein Mangel. Aber es wird nur wenige Bücher geben, die das heile Thema mit solchem Ernst und so hoher Sachkunde behandeln wie dieses Buch von Luise Otto. Es wendet sich in erster Linie an Arbeiter und ihre Frauen, die frei von falscher Sentimentalität, die solche Schriften oft charakterisiert, und zeigt den Lesern und Leserinnen, wie sie durch Selbstsucht und mit notorischen Mitteln den Geschlechtsverkehr regeln können. Dass ein Arbeiterverlag das Werk herausbringt, sollte für seinen Wert bürgen.

Arbeitsmarkt.

Oberbrenner

mit allen im Brennhaus vorkommenden Arbeiten vertraut, wird von Steingutfabrik zum baldigen Antritt, möglichst 1. April 1923, gesucht. Offerten unter „R. St.“ an die Redaktion dieses Blattes erbeten. (31)

Schablonenschneider

gesucht, der gegen Zeichnung und Lieferung der Schwämme für eine Schwämmehandlung Schablonen schneidet. Gewinnbringender Nebenedienst. Gfsl. Angebote unter „R. S.“ an die Redaktion dieses Blattes erbeten. (34)

Formengießer gesucht.

Terracottafabrik Ehardt & Menz, Gräfenroda, Thür.

Glasfüller, erste Kraft, sucht Stelle, geht auch ins Ausland; dieselbe ist auch im Brennhaus, in der Gläsererei und Fayencen bestens vertreten. Offerten sind unter „R.“ an die Redaktion des „Ameise“ zu richten.

Noch einige tüchtige, ledige

Blumen- und Lüstermaler

sowie Aerographen-Spritzer von größter bayerischer Fabrik zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unter „R. S.“ erbeten. (37)

Tüchtiger, lediger Dreher

für dicke Porz. per sofort gesucht. Offerten mit Angabe ihrer Fertigkeit erbeten.

Brennhausarbeiter Porzellanzehnl. C. & C. Gathens, Bamberg, 26.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldschmiede Lappo :: Asche :: Schmiede :: Pinsel :: Paletten :: Klebe :: leere Goldschädel :: Silberabfälle :: Silberschlamm :: Bruchgold und Silber :: für leere Polierschädel zahlreiche Abnahmen 3 M. p. Stück u. für leere Polierschädel mindestens 10 M. p. Stück. Da die in diesem Blatte inserierten Goldschmiede sich längst durch den hohen Dollarstand überwältigt haben, bitte ich ihnen bei Sendungen an mich viel höhere Preise. Sodann, als Porto u. Scheideosten, trage ich z. schweren Schaden an meine Beziehungen zu. (4)

Goldschmied Max Haupt, Dresden-M., Voigtsdorf 17.

Versammlungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Bahnhofsvorstellung Mittwoch, den 21. März, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Charlottenburg, Wegelerstraße, am Bahnhof Tiergarten. Wichtige Tagesvorlesung. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Berlin-Charlottenburg. Schilddermaler. Sonnabend, den 17. März, mittags 1 Uhr: Versammlung der arbeitslosen Pollegen im Bureau. Besprechung der allgemeinen Lage. Versetzung der Restsumme der Extraunterstützung. Erscheinen aller unbedingt notwendig.

Adressenänderungen.

Breslau. Schriftführer: Karl Stiller, Gleicher, Werderstraße 25, I.

Mörsheim. Kassierer: Heinrich Jms jun., Mörsheim am Main, Friedrichstr. 16.

Ludwigsburg. Kassierer: Ferdinand Niedl, Maler, Solitude-Allee 84.

Mitglieder! Wahret Eure Rechte!
Zahlt Eure Beiträge in Höhe eines
Stundenlohnes! In der Woche vom
18. bis 24. März ist der 12. Beitrag
fällig.

Aufruf!

Unser Kollege Emil Fischer, schon seit längerer Zeit krank und arbeitsunfähig, alleinlebend, ganz auf fremderente angewiesen, ist unterstützungsbefürdig. Der Kollege hat von 1918 bis 1922 in Stabilengeld gearbeitet. Die Bahnhöfe, die etwas beisteuern wollen, um die Not des alten Kollegen mildern zu wollen, bitten wir, die Kolleg zu senden an unseren Kassierer Arthur Hecht, Cobitz, Lautsingerstr. 165 d. Antritt erfolgt in der „Ameise“.

Unsere beiden alten Mitglieder, Gustav Frommann und Friedrich Reimann, sind schon seit langer Zeit erwerbsunfähig und in allen Rassen ausgesteuert. Beide Kollegen leiden mit ihren Familien bittere Not. Aus unseren Mitgliederkreisen wurde schon das möglichste getan. Doch möchten wir die anderen Bahnhöfe bitten, ihr Scherlein zur Linderung der Not unserer beiden Kollegen mit beizutragen. Alle Geldsendungen sind zu richten an Richard Sichard, Geschäftsführer der Bahnhöfe für Ohdruf u. Umg., Ohdruf, Uerstr. 3.

Enttäuschung.

Für das frakte Mitglied Hermann Luther gingen von den Bahnhöfen folgende Verträge ein: Schney, Freienwalde, Kirchenlamitz je 50,-; Schauberg 70,-; Althaldensleben 75,-; Fraureuth 80,-; Gräfenhain, Gifh., Berlin, Waldhausen, Neusalz, Kloster Beilsdorf, Selb, Blößberg, Passau, Rauenstein, Schorndorf, Krummenab, Werdam, Staffel, Laasdorf, Kohla, Blaue, Gisselfel, Scheibe, Telzow, Roschütz, Lüsenfurt, Walderhof, Kleindembach, Brambach je 100,-; Gorau, Schönwald je 150,-; Nossen, Altmünau, Wäldendorf, Oberhofen, Weiben, Elsterwerda, Thiersheim, Zell (Ungenannt), Walbenburg, Wölkendorf, Arzberg, Wallhausen, Schirding, Grünstadt, Limbach, Pöhl, Frankenberg, Röslau je 250,-; Zeche, Margarethenhütte, Marktredwitz, Marktneichen, Babetz, Weinrich-Waldbach je 300,-; Fürstenberg 400,-; Rheinsberg, Weißwasser, Steinwies, Rodach, Beiten, Elmshorn, Schlierbach, Annaburg je 500,-; Golditz 2000,- M. Summa 15 525 M. Im Namen der Bahnhöfe Brattendorf und des franken Kollegen Luther allen Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. G. A.: Fribolin Fehd, Kassierer.

Ortskästen.

B. 100. Verantwortliche Brenner sind für ihre gesamte Tätigkeit nicht nur für das Brennen als Verantwortliche entlohnbar.

Sterbekasten.

Althaldensleben. Wilhelm Schulze, Humboldtstraße 10, Mitglied seit 1905.

Annaburg. Heinrich Trangott, Wächter, geboren am 22. Juli 1870, gestorben am 27. Februar an Grippe. Mitglied seit 1923.

Blankenhain. August Rost, Massenmüller, geboren am 1. August 1865, freiwillig aus dem Leben geschieden am 21. Februar. Mitglied seit 1921.

Brattendorf. Martin Moenibusch, Sortierer, geboren am 28. November 1868 zu Bockstadt, gestorben am 1. März 1919. Mitglied seit 1919.

Dresden. Max Hübler, Steinigutarbeiter, geboren am 29. Dezember 1886, gestorben am 28. Februar an Schädelkrankheit. Mitglied seit 1919. — Richard Fischer, Gießer, geboren am 27. Februar 1866, gestorben am 20. Februar an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1918.

Eisenberg. Gustav Krause, Dreher, geboren am 9. Mai 1877 zu Göttelsberg, gestorben am 26. Februar an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1903.

Köppelsdorf (Hüttensiedlung). Karl Kuppert, Dreher, geboren am 4. April 1869, gestorben am 10. Februar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1892. — Sonneberg, Selmar Müller, Stanzler, geboren am 12. April 1878, gestorben am 16. Februar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919. (Menhaus.) Moses Höhler, geboren am 19. September 1903, gestorben am 3. März im Wochenbett. Mitglied seit 1920.

Lübben. Karl Süßler, geboren am 13. September 1892, gestorben am 23. Februar an Lungenerkrankung. Mitglied seit Januar 1921.

Neuhaldensleben. Walther Seel, Modelleur, geboren am 17. März 1861 zu Scheibe, gestorben am 16. Februar an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

Plaue. Martha Koch, Stanzerin, geboren am 18. Dezember 1904, gestorben am 28. Februar an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1922.

Wölkendorf. Heinrich Barth, Maler, geboren am 6. November 1839 zu Stans, gestorben am 26. Februar an Alterschwäche. Mitglied seit 1919.

Schny. Elisa Barnikel, Brennhausarbeiterin, geboren am 13. August 1901 zu Lichtenfels, gestorben am 9. März an Althaus. Mitglied seit 1922.

Selb. Barbara Hoffmann, Tagarbeiterin, geboren am 5. April 1868 zu Naumburg, gestorben am 16. Februar an Magenkrebs und Wasserkrebs. Mitglied seit 1920.

Ella Seidel. Druckerin, geboren am 3. Mai 1900 zu Selb, gestorben am 21. Februar an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1917.

Schienan. Emil Fehd, Hofarbeiter, geboren am 4. Oktober 1872, gestorben am 9. Februar an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

Tirschenreuth. Hanni Völk, Packerin, geboren am 14. Mai 1906, gestorben am 13. Februar an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1922.

Weissen. Johann Roth, Packer, geboren am 23. September 1900 zu Hochdorf, gestorben am 28. Februar an Starrkrampf. Mitglied seit 1918.

Walbenburg. Julius Becker, Papierpresser, geboren am 25. Februar 1861 zu Lobs, gestorben am 19. Februar an Kieferknorpelkrankheit. Mitglied seit 1919.

Wallhausen. Michael Becker, Gießer, geboren am 1. Juli 1887, gestorben am 18. Februar an Lungenerkrankung und Diphtherie. Mitglied seit 1919.

Wilsau. Anna Langenbach, Brennhausarbeiterin, geboren am 27. Februar 1863 zu Zwiesel, gestorben am 19. Februar an Herzschlag. Mitglied seit 1922.

Ehre ihrem Andenken!

Goldabsätze

Lappen, Asche, leere Flaschen

kaufst jederzeit zu den höchsten Tagespreisen (16) Wenzl Peter, Selb, Bayern, Gartenstr. 35 (Jugendheim).

Kaufe Goldasche — Goldabsätze jeder Art für Berufszwecke, zahlreiche höchste Preise nach jeweiligem Kurs, je nach Gehalt. Reelle Bedienung. (14)

Paul Seifert, Neudorf (Reuß).

Goldschmiede — goldhaltige Lappen — Asche — Flaschen und Pinsel (16) kaufen ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen Öster Mottmann, Stadtteil in Thüringen.

Kaufe goldhaltige Schmiede, Lappen, Asche, Flaschen, Pinsel und Mälzstände zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen. (18)

Erich Martin, Rudolstadt, Neumarkt 10.

—:: Gold — Lappen — Abfälle ::— zahlreiche allerhöchste Tagespreise. Goldasche à Gramm 500 Mark und mehr, je nach Präsentationsgehalt. — Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. (10)

Andreas Geyer, Selb (Oberfr.), Goldarbeiter.

Zahle die höchsten Preise für Goldrückstände jeder Art. Goldasche bis 1500 M. das Gramm und Goldflaschen 3—5 M. das Stück je nach Gehalt.

Marion Kaufmann Zwischen 1. S., Verdauerstr. 26

Goldreste jeder Art

kaufst Dr. Max Heim, Chem.-metall. Laboratorium, Charlottenburg, Spandauer Str. 20 zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse. (11)

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiede sowie ausgebranntes Gold kaufst zu den höchsten Preisen (16) Emil Theimer, Langewiesen 6, Ilm, Thür.

Goldschmiede :: Lappen :: Asche :: Pinsel :: Flaschen usw. zum Einschmelzen kaufst (16)

W. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

= Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. (18)

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Red.: Edwin Menninger, Charlottenburg, Mosinenstr. 4.

Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Mosinenstr. 4.

Dr. C. Janiszewski, Berlin S.D., Elisabethstr. 28/29.



alte Platino und Silberabfälle aller Art

Gold-, Platina-, Silber- preis auf Anfrage